



FACHGEMEINSCHAFT BAU
BERLIN UND BRANDENBURG e.V.



Breites Bündnis der Bau- und Wohnungswirtschaft und der Vermieter gehen auf die Straße

Bau- und Wohnungswirtschaft sowie Vermieter fordern Gehör beim Berliner Senat und der Regierungskoalition im Berliner Abgeordnetenhaus

Berlin, 09.12.2019. Anlässlich der Kundgebung eines breiten Bündnisses der Berliner Bau- und Wohnungswirtschaft, der Kleinvermieter und sonst Betroffener, äußert sich Klaus-Dieter Müller, Präsident der Fachgemeinschaft Bau: „Trotz intensiver Aufklärungsarbeit über die Auswirkungen des Mietendeckels wurden die Interessen der kleinen und mittelständischen Bau-, Immobilien- und Wohnungswirtschaft, der Architekten, Bauingenieure, Planer und Vermieter nicht hinreichend berücksichtigt.“ Aus diesem Grund organisiert das Bündnis am 9. Dezember eine Sternfahrt und eine Kundgebung in Berlin.

Angesichts der in Aussicht gestellten Investitionsrückgänge werden Arbeitsplätze im Bau- und Ausbauhandwerk wegfallen. Das sind keine Schreckensszenarien, sondern ist leider vereinzelt bereits Realität. Kleine und mittlere Betriebe werden die bevorstehende Durststrecke nicht kompensieren können. Insolvenzen und Entlassungen werden die Folge sein.

Das Problem in Berlins angespanntem Wohnungssektor sind nicht die Bestandsmieten, sondern das knappe Wohnraumangebot. Hier muss man ansetzen, indem mehr Wohnungen entstehen. Das geht nur durch das Bauen bezahlbaren Wohnraums. „Dies wird jedoch durch den Mietendeckel konterkariert“, sagt Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau. Wer weniger Einnahmen durch seine Miete erzielt, kann nicht in Neubau investieren. Erste Wohnungsbaugenossenschaften haben geplante Projekte abgesagt. Schreiner weiter: „Auch jeder andere Investor benötigt langfristig Rechtssicherheit, damit sich die hohen Investitionskosten amortisieren. Besteht da ein Zweifel, machen andere Städte das Rennen.“

Außerdem werden durch das Gesetz die Sanierungen im Wohnungsbestand drastisch sinken. Die Sanierung einer Wohnung kostet (je nach Größe und Zustand) ca. 25.000 Euro, von einer energetischen Sanierung der Wohnhäuser ganz zu schweigen. Dafür muss eine moderate Mieterhöhung möglich sein, damit sowohl Mieter, als auch Vermieter und die Umwelt profitieren können.

Der GdW Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW war ebenfalls bei der Kundgebung vertreten. GdW-Präsident Axel Gedaschko: "Ein Mietendeckel auf Landesebene ist nicht nur eine juristische Ente und unzulässig – er schädigt auch besonders diejenigen Vermieter, die sich nachhaltig für bezahlbaren Wohnraum in der Hauptstadt und bundesweit einsetzen. Es bleibt dabei: Bezahlbares Wohnen kann man nicht durch Mietpreisdeckel oder Enteignungsfantasien sichern. Das Land Berlin täte gut daran, ihre Ressourcen auf das einzig funktionierende Instrument zu konzentrieren: mehr und bezahlbaren Neubau zu ermöglichen. Denn bezahlbares Wohnen braucht eine starke Wohnraumförderung und schnelleres, einfacheres und kostengünstigeres Bauen – und nicht noch mehr Regulierung. Und wenn das Land dann noch aktiv gegen schwarze Schafe am Markt vorgehen würde, dann wird da auch etwas draus."

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Mitglieder und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de

Pressekontakt:

Thomas Herrschelmann (Pressesprecher)

Tel.: 030 / 86 00 04-57, Mobil: 0151 / 422 670 76, E-Mail: herrschelmann@fg-bau.de

Katharina Burkardt (Pressesprecherin)

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.

Tel: +49 30 82403151 E-Mail: burkardt@gdw.de